

## INDIEN-USA: PARTNERSCHAFT MIT BEGRENZTEM ENTWICKLUNGSPOTENTIAL

Die Beziehungen zwischen Indien und den USA haben sich in den letzten Jahren stark verbessert. Trotz amerikanischer Avancen zeichnet sich allerdings keine umfassende strategische Partnerschaft ab. Inhaltliche Divergenzen und unterschiedliche Prioritäten lassen nur eine selektive Zusammenarbeit zu. Indien wird im indopazifischen Sicherheitsdispositiv der USA zumindest so lange ein strategischer Unsicherheitsfaktor bleiben, wie seine Rivalität mit China keinen konfrontativen Verlauf nimmt.



US-Verteidigungsminister Panetta und sein indischer Amtskollege Antony in Neu Delhi, 6. Juni 2012

Anfang Juni 2012 rief US-Verteidigungsminister Leon Panetta in Neu Delhi zu einer engeren sicherheitspolitischen Kooperation zwischen Indien und den USA auf. Er betonte, dass die beiden Staaten dieselben Werte teilen und Indien ein zentraler Stützpfeiler in der amerikanischen *Grand Strategy* in Asien darstelle. Eine Woche später zeitigte der dritte, in Washington abgehaltene Strategische Dialog zwischen beiden Staaten in der Tat einige bemerkenswerte Ergebnisse. So einigte man sich auf gemeinsame Massnahmen bezüglich Afghanistan, Nonproliferation, maritimer Sicherheit und organisierter Kriminalität. Auch ein Ausbau der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit hinsichtlich der Terrorabwehr wurde vereinbart.

Angesichts der Tatsache, dass die indisch-amerikanischen Beziehungen noch Mitte der 1990er Jahre durch gegenseitiges

Misstrauen geprägt waren, sind die jüngsten Fortschritte in der Kooperation beachtlich. Und doch lässt sich nur von einer partiellen Trendwende sprechen. Auf beiden Seiten gibt es Konstanten in der Sicherheitspolitik, die einer umfassenden Transformation der bilateralen Beziehungen in eine echte strategische Partnerschaft im Wege stehen. Beide Seiten sind nicht bereit, notwendige eigene Kurskorrekturen vorzunehmen.

So setzt Indien nach wie vor auf sein im Kalten Krieg entwickeltes Konzept der Bündnisfreiheit. Dementsprechend strebt Neu Delhi gute Beziehungen zu allen relevanten Grossmächten an. Eine Allianz mit den USA würde nur dann in Betracht gezogen, wenn indische Kerninteressen akut gefährdet wären. Washington wiederum will Indien mit Blick auf den Aufstieg Chinas in sein panasiatisches Sicher-

heitsdispositiv einbinden, ohne Neu Delhis Kernanliegen bezüglich der Stabilität Südasiens gebührend Rechnung zu tragen.

Die indisch-amerikanischen Beziehungen werden vor diesem Hintergrund zunehmend komplex. Intensiver Kooperation in einigen Themenfeldern stehen kaum überbrückbare Differenzen in anderen Bereichen gegenüber. Insgesamt scheinen die Erwartungen an eine neue Qualität der Partnerschaft vor allem in den USA übertrieben. Indien wird auf absehbare Zeit nicht zum engen Verbündeten der USA in Asien werden. Im Folgenden werden zunächst die historischen Divergenzen im Verhältnis der beiden Staaten und die Intensivierung der Zusammenarbeit im vergangenen Jahrzehnt beleuchtet. Anschliessend wird die anhaltende Kluft in den strategischen Perspektiven analysiert und dargelegt, warum der Kooperation zwischen der grössten und der ältesten Demokratie der Welt auch in Zukunft Grenzen gesetzt sein werden.

### Distanz im Kalten Krieg

Nach seiner Unabhängigkeit 1947 waren die Beziehungen Indiens zu den USA bis in die späten 1990er Jahre von Distanz und Spannungen geprägt. Aus indischer Sicht war dabei die amerikanische Unterstützung für Pakistan seit jeher ein Ärgernis. Auch die US-Chinapolitik hat in Neu Delhi bisweilen Verunsicherung ausgelöst. Die USA ihrerseits konnten kaum nachvollziehen, dass sich Indien im Nachgang zur antikommunistisch motivierten amerikanisch-pakistanischen Allianz 1954 immer wieder an die Sowjetunion anlehnte.

Nach zwei Jahrhunderten unter britischer Kolonialherrschaft war Indien im Kalten Krieg nicht bereit, im Ringen zwischen den beiden Supermächten klar Position zu beziehen. Neu Delhi lehnte daher eine Beteiligung an der US-Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion ab. Die Beziehungen zu Washington verschlechterten sich insbesondere nach dem Indisch-Chinesischen Grenzkrieg 1962, als die USA als Gegenleistung für eine Unterstützung der Aufrüstung Indiens einseitige indische Konzessionen in der Kaschmirfrage einforderten. Statt wie von ihnen erhofft einen Friedensschluss zwischen Indien und Pakistan zu forcieren, verspielten die USA mit diesem Vorgehen viel Kredit in Neu Delhi. Gleichzeitig wuchs die indische Skepsis gegenüber extraregionalen Einflüssen in Südasien, die zu einem bleibenden Merkmal strategischen Denkens in Indien wurde.

Gegenüber dem Westen trat Indien im Kalten Krieg häufig vorwurfsvoll und mit antiimperialistischen Belehrungen auf. Zugleich forderte es bisweilen mit grossem Nachdruck Entwicklungshilfe ein. In Washington entstand so zunehmend der Eindruck eines verunsicherten und unzuverlässigen Staats, der seine offenkundige wirtschaftliche Schwäche hinter kultureller Arroganz und diplomatischen Nebelschleiern zu kaschieren suchte. Indiens Politik der Bündnisfreiheit bewerteten amerikanische Politiker oft entweder als Heuchelei oder als opportunistischen Versuch, im Kalten Krieg ein doppeltes Spiel zu spielen.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs schenkte Washington Indien zunächst wenig Aufmerksamkeit. Dies änderte sich schlagartig, als der südasiatische Riese 1998 eine Reihe von Nukleartests durchführte. Die USA reagierten im Einklang mit entsprechenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates mit Sanktionen und Forderungen nach einer Aufgabe des indischen Atomwaffenprogramms. Die neuerliche Verschlechterung der Beziehungen war allerdings nur von kurzer Dauer. Dies hing vor allem mit dem Aufstieg der rechtskonservativen, hindunationalistischen Indischen Volkspartei (BJP) zusammen, die 1998 die Macht übernommen hatte. Mit ihrem Entscheid für die Nukleartests unterstrich die BJP ihren Willen, wonach Indien künftig eine selbstbewusstere internationale Rolle spielen sollte. Gleichzeitig betonte die Partei aber auch ihren – zunächst vor allem wirtschaftlich motivierten – Wunsch nach einer Partnerschaft mit den USA. Das Kalkül, wonach die

USA mit Blick auf die Stabilität in Südasien und die absehbaren Risse im sino-amerikanischen Verhältnis Interesse an einer Kooperation mit einer Nuklearmacht Indien haben würden, ging durchaus auf.

### Annäherung seit 1998

Während der Amtszeit der BJP von 1998 bis 2004 wurde das Fundament für engere Beziehungen zwischen Indien und den USA gelegt. Erstmals pflegten beide Staaten enge und regelmässige Kontakte. Die BJP ging dabei so weit, die USA als «natürlichen Verbündeten» zu bezeichnen. Zwei Faktoren spielten bei dieser Annäherung eine grosse Rolle: Erstens entwickelte sich bereits damals ein gemeinsames Unbehagen gegenüber dem aufstrebenden China. Zweitens empfanden die USA Pakistan als einen zunehmend unzuverlässigen Partner. Spannungen zwischen Washington und Islamabad entzündeten sich insbesondere bei Fragen der Terrorabwehr und der Drogenpolitik. Die Atomtests, die Pakistan seinerseits als Reaktion auf die Tests in Indien 1998 durchführte, resultierten in einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen. Als sich die USA während des Kargil-Kriegs zwischen Indien und Pakistan 1999 schliesslich gegen Islamabad stellten, überwand auch die indische Sicherheitsbürokratie allmählich ihre Vorbehalte gegenüber einer Zusammenarbeit mit Washington.

Obwohl die USA nach 9/11 ihre Kooperation mit Pakistan wieder intensivierten, erwies sich das neue indisch-amerikanische Fundament als beständig. Dass sich die bilateralen Beziehungen zwischen Indien und den USA seither sogar intensiviert haben, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. So fährt die Kongresspartei, die die indische Politik bis Mitte der 1990er Jahre dominiert hatte und 2004 an die Macht zurückkehrte, heute einen wesentlich pragmatischeren Kurs gegenüber Washington als früher. Auch wenn sie sich weniger stark an die USA anlehnen will als die BJP, hat sie doch die zentrale Bedeutung der USA für die weitere Entwicklung Indiens anerkannt.

Zudem hat in den letzten Jahren die Bedeutung der indischen Diaspora in den USA als Lobby-Gruppe für engere indisch-amerikanische Beziehungen zugenommen. Derzeit leben in den USA ca. 2,8 Millionen Inder. Diese zu einem beträchtlichen Teil aus Führungskräften bestehende Gruppe ist überwiegend gut in die

amerikanische Gesellschaft integriert und verfügt über einigen politischen und wirtschaftlichen Einfluss. Sie war massgeblich daran beteiligt, dass sich das indisch-amerikanische Handelsvolumen innerhalb eines Jahrzehnts verfünffacht hat.

Schliesslich haben die USA aus übergeordneten strategischen Überlegungen grosses Interesse an einem Ausbau der Beziehungen zu Indien. In Washington erachtet man ein prosperierendes, demokratisches Indien naheliegenderweise als einen wichtigen potentiellen Partner zur Wahrung der Sicherheit im indopazifischen Raum. Indien dominiert die Schifffahrtsstrassen im Indischen Ozean und ist günstig positioniert zur Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika und in der Strasse von Malakka. Auch seine Rivalität mit China ist letztlich im Sinne der USA.

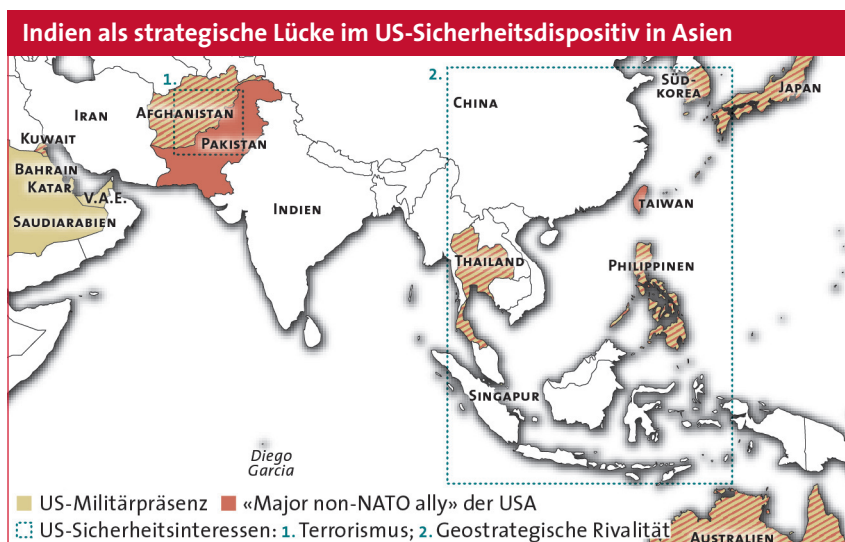
Das Interesse der USA an einer engen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Indien wurde in Zusammenhang mit dem Nukleardeal von 2008 sehr deutlich. Dieses Abkommen stellte einen Wendepunkt in der US-Nonproliferationspolitik dar. Es legitimiert Indien als Nuklearmacht und ermöglicht dem Land Zugang zum internationalen Nuklearhandel für friedliche Zwecke, obwohl Neu Delhi bis heute den Beitritt zum NPT verweigert hat. Für die Zustimmung zum Deal durch die Gruppe der nuklearen Lieferländer war die Unterstützung der USA entscheidend. Insbesondere China, aber auch einige Europäer, hatten sich der Vereinbarung lange widersetzt.

Rasant gewachsen im vergangenen Jahrzehnt ist das Volumen der bilateralen Rüstungsgeschäfte. Mit Aufträgen in der Höhe von insgesamt US\$ 8,5 Mrd. sind die USA zum grössten Waffenlieferanten Indiens aufgestiegen.

Weitere Bestellungen Neu Delhis dürften folgen. Dabei profitieren beide Seiten von der Rüstungszusammenarbeit. Die indischen Streitkräfte erhalten Zugang zu Gerät, das die indische Rüstungsindustrie nicht selbst produzieren kann. Die USA ihrerseits sehen in Indien, dem mittlerweile grössten Waffenimporteur der Welt, einen Absatzmarkt von grossem Potential.

Ebenfalls zugenommen haben die bilateralen militärischen Kontakte. 2011 hatten die indischen Streitkräfte mit keinem Partner mehr solcher Zusammentreffen als mit den USA. Auch sind in den letzten zehn

### **Die Sicherheitspolitik Indiens ist kontinental geprägt, diejenige der USA maritim**



Jahren über 50 gemeinsame militärische Übungen durchgeführt worden. Deren Umfang nimmt ständig zu, wobei mittlerweile alle Truppengattungen involviert sind. In diesem Zusammenhang haben die indischen Streitkräfte für US-Armeeangehörige auch vormalig für Ausländer nicht zugängliche Ausbildungsstätten etwa im Bereich der Aufstandsbekämpfung geöffnet. Diese Zusammenarbeit bleibt nicht ohne Folgen. Indische Offiziere haben heute in weit geringerem Masse stereotype Vorstellungen über ihre amerikanischen Kollegen, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war.

Vor dem Hintergrund der sich akzentuierenden Gefahr einer sino-amerikanischen Polarisierung in Asien sind die USA heute bestrebt, die Beziehungen zu Indien weiter zu intensivieren. Ein Ausbau etwa des politischen Dialogs, der militärischen Kontakte oder der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit ist dabei durchaus im gegenseitigen Interesse. Einer umfassenden engen Partnerschaft stehen aber nach wie vor geostrategische und wirtschaftliche Divergenzen und unterschiedliche Prioritäten im Wege.

**Anhaltende Divergenzen**

Die geostrategische Lage der USA und Indiens ist sehr unterschiedlich. Die USA sind eine Festung von kontinentaler Grösse, deren Grenzen durch Ozeane und freundliche Nachbarn geschützt sind. Die militärische Supermacht ist viel weniger anfällig für militärische Angriffe auf dem Landweg als Indien, das auf eine lange Geschichte ungenügender Grenzverteidigung gegen Invasoren zurückblickt. Hinzu kommt, dass sich Indien aufgrund mangelnder kulturell-zivilisatorischer Verbindungen mit anderen

Staaten letztlich als diplomatisch isolierter Akteur wahrnimmt. Vor diesem Hintergrund ist das indische Sicherheitsestablishment – anders als die USA – äusserst zögerlich bei der Anwendung von Gewalt, die anderen Zwecken als der inneren Sicherheit oder der Landesverteidigung dient.

Im Kern sind die nur selektiven Fortschritte in der Sicherheitszusammenarbeit zwischen Indien und den USA auf ein Zusammenprallen kontinental respektive maritim geprägter Sicherheitsperzeptionen zurückzuführen. Indien kann es sich schlichtweg nicht leisten, seinen Blick von seinen Kernaufgaben im Grenzschutz und in der inneren Sicherheit allzu weit auf panasiatische Sicherheitsfragen zu lenken. Neu Delhi mag der wachsenden amerikanischen Militärpräsenz in der Region durch nachrichtendienstliche Zusammenarbeit sowie eine Unterstützung von Anti-Piraterie-Operationen und humanitären Missionen eine gewisse Legitimität verleihen. Mit einer aktiveren indischen Rolle in der Wahrung der regionalen maritimen Sicherheit ist aber nicht zu rechnen, würde eine entsprechende Verlagerung militärischer Fähigkeiten doch in einer zunehmenden territorialen Verletzlichkeit gegenüber Pakistan und China resultieren. Es sind die von diesen beiden Nachbarn ausgehenden Bedrohungen, die nach wie vor im Zentrum der indischen Sicherheitspolitik stehen.

Vor allem in Bezug auf Pakistan lassen sich nach wie vor unterschiedliche Prioritäten der USA und Indiens erkennen. Washington strebt eine Friedenslösung zwischen Indien und Pakistan an, die Neu Delhi letztlich den Rücken freigehalten soll für eine wichtigere panasiatische Rolle als Sicherheitsakteur. In Indien stehen derzeit jedoch eher Bemü-

hungen um Konfliktmanagement im Zentrum, da ein tragfähiger Friede als unrealistisch erachtet wird und zudem mit für Neu Delhi inakzeptablen territorialen Konzessionen verbunden wäre. Die enorme militärische Unterstützung, die Pakistan von den USA im letzten Jahrzehnt zuteil gekommen ist, hat in Indien Unmut ausgelöst und wird als amerikanische Gleichgültigkeit gegenüber den indischen Sicherheitsbedenken interpretiert. Auf wenig Gegenliebe stösst auch der Druck aus den USA, auf Terroranschläge in Indien, die mit Pakistan in Verbindung gebracht werden, jeweils moderat zu reagieren.

Auch auf wirtschaftlicher Ebene dürften der bilateralen Zusammenarbeit auf absehbare Zeit Grenzen gesetzt sein. Amerikanische Unternehmen blicken zunehmend skeptisch auf den indischen Markt und verweisen auf ungelöste Probleme wie Infrastrukturmängel oder den Klientelkapitalismus. Auch beklagen sie einen Reformstau bezüglich der Öffnung der indischen Wirtschaft. So wurde jüngst die Genehmigung von Auslandsinvestitionen im Einzelhandel aufgrund anhaltenden innenpolitischen Widerstands wieder rückgängig gemacht. Indiens hohe Inflationsrate, der freie Fall seiner Währung und das wachsende Haushaltsdefizit wecken zusätzliche Zweifel ob der Attraktivität des Landes als Wirtschaftspartner.

Neu Delhi seinerseits ist unzufrieden mit restriktiven Visaregelungen der USA und der Weigerung Washingtons, die Sozialabgaben von indischen Kurzzeitbeschäftigten, die in den USA arbeiten, nach Indien zu übertragen. Weitere Streitpunkte sind die hohen Subventionen für US-Baumwollfarmer und die Importzölle für indische Stahlprodukte. Aus indischer Sicht stellen diese Faktoren das Argument, wonach die Partnerschaft mit den USA eine Wirtschaftsdividende für die weitere Entwicklung des Landes bringt, zunehmend in Frage.

**Auch künftig nur selektive Kooperation**

Derzeit sind sowohl die USA als auch Indien bemüht, auf wichtige Anliegen der Gegenseite einzugehen und Kompromissbereitschaft zu signalisieren. Gerade in diesen Fällen zeigt sich aber, dass die Konvergenz von Positionen und Interessen bei allem guten Willen begrenzt bleibt. So hat Indien etwa den Ölimport aus Iran reduziert. Auch wenn Neu Delhi wie Washington kein Interesse an einer weiteren Nuklearmacht in Asien hat, weigert es sich

allerdings, gänzlich auf iranisches Öl zu verzichten, was sich teilweise auf energiepolitische Überlegungen, teilweise auch auf die hohe Anzahl Shiiten in Indien zurückführen lässt. Die USA ihrerseits haben sich vermehrt bemüht, den operativen und rechtlichen Raum für Terrorgruppierungen in Pakistan einzugrenzen. Noch immer nehmen sie dabei aus indischer Sicht aber viel zu viel Rücksicht auf den pakistanischen Staat.

Letztlich deutet wenig darauf hin, dass Indien von seiner Politik der Bündnisfreiheit abrücken wird, solange sich seine Beziehungen mit China nicht massiv verschlechtern. Indiens Distanzwahrung ist dabei nicht nur auf die anhaltenden Divergenzen mit den USA zurückzuführen. Vielmehr dürfte auch die Überlegung eine wichtige Rolle spielen, dass Neu Delhi bei einer zu engen Partnerschaft mit Washington in eine Juniorrolle gedrängt und seine strategische Handlungsfähigkeit vorab in Süd-asien eingeschränkt werden könnte. Indien ist an einem Ausbau der Sicherheitsbeziehungen zwar durchaus interessiert. Ein Quantensprung im Verhältnis zu den USA drängt sich aus indischer Sicht aber nicht auf. Dementsprechend selektiv wird die Kooperation bleiben.

Die USA ihrerseits dürften an ihrer Gleichgewichtspolitik gegenüber Pakistan und Indien bis auf weiteres festhalten. Sie müssen damit rechnen, dass sich Indien weit weniger als etwa die Golfstaaten (siehe dazu CSS Analyse Nr. 113 [☞](#)) oder die südostasiatischen Staaten (siehe Strategic Trends 2012 [☞](#)) an der amerikanischen Militärmacht anlehnen wird. Mit Blick auf die sicherheitspolitische Schwerpunktverlagerung der USA hin zum indopazifischen Raum bleibt Indien im panasiatischen Sicherheitsdispositiv Washingtons deshalb eine strategische Lücke. Diese fällt vor allem mit Bezug auf die geostrategische Lage im Südchinesischen Meer ins Gewicht. An allfälligen Eindämmungsmassnahmen gegenüber China wird sich Indien auf absehbare Zeit nicht beteiligen.

**I** Verantwortlicher Editor: Daniel Möckli  
analysen@sipo.gess.ethz.ch

**I** Fachexperte für diese Analyse:  
Prem Mahadevan  
mahadevan@sipo.gess.ethz.ch

**I** Bezug und Mailingliste:  
www.css.ethz.ch/cssanalysen

## Bisher erschienen [☞](#)

- Nr. 116: Die NATO nach Chicago: Smarte Rhetorik und viele offene Fragen
- Nr. 115: Myanmar: Politische Reformen und Machterhalt der Militärs
- Nr. 114: Frauen, Frieden und Sicherheit: UNO-Resolution 1325 im Praxistest
- Nr. 113: Der Irak nach dem US-Abzug: Erneut am Abgrund
- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf ausserpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement
- Nr. 76: Energiesicherheit: Die Erdgasmärkte im Umbruch
- Nr. 75: Wehrpflicht im europäischen Vergleich
- Nr. 74: Amerikanische Nuklearpolitik: Begrenzter Wandel
- Nr. 73: Die Schwellenmacht Indien vor grossen Herausforderungen
- Nr. 72: Reform des Sicherheitsrats: Ein gordischer Knoten?
- Nr. 71: Cyberwar: Konzept, Stand und Grenzen
- Nr. 70: Brennpunkt Jemen: Schwierige Terrorbekämpfung
- Nr. 69: Europäische Energiepolitik zwischen Versorgungs- und Klimazielen
- Nr. 68: Finnland: Krisenmanagement und Territorialverteidigung
- Nr. 67: Auslandseinsätze der Armee: Stand und Optionen
- Nr. 66: Die Shanghai Cooperation Organisation: Bedeutung für den Westen
- Nr. 65: Die Krise des NVV: Vor der Überprüfungskonferenz 2010
- Nr. 64: Britische Verteidigungspolitik: Strategieprozess und Reformdruck
- Nr. 63: Zivile Friedensförderung: Potenzial und Grenzen
- Nr. 62: Risikokommunikation: Nutzen für die Sicherheitspolitik
- Nr. 61: Schweizer Aussenpolitik 2009: Eine Standortbestimmung
- Nr. 60: Resilienz: Konzept zur Krisen- und Katastrophenbewältigung
- Nr. 59: Iran: Innere Krise und westlicher Handlungsspielraum
- Nr. 58: Ölpreis und Geopolitik: Gewinner und Verlierer
- Nr. 57: Kernenergie auf dem Vormarsch: Die Gefahr der Proliferation